

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. + Redaktionsschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Inserate 60 Pf., Reklame 1,80 Mark, für Versammlungsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Die Wohnungsfrage

Seit Jahrzehnten besteht in Deutschland ein Wohnungsmangel. Es werden im Verhältnis zum Bevölkerungswachstum nicht genügend Wohnungen hergestellt. Der Wohnungsmangel zeigt sich natürlich am deutlichsten in den schnellwachsenden Städten. Erfahrungsgemäß ist eine ausreichende Wohnungsversorgung in normaler Weise nur möglich, wenn etwa 3 Prozent der brauchbaren Wohnungen leerstehen. In den letzten Jahren zeigt sich aber in vielen Städten, daß dieser Prozentsatz nicht erreicht wird. In vielen Städten, besonders in Süddeutschland, waren nach den Zählungen der letzten Jahre noch nicht 1/2 Prozent Wohnungen leerstehend.

Besonders stark ist der Mangel an Kleinwohnungen. Der Bau von Wohnungen für die minderbemittelten Bevölkerungsklassen bleibt durchweg weit hinter dem Bedürfnis zurück. Namentlich leiden aber unter dem Wohnungsmangel die kinderreichen Familien. Immer mehr macht sich das Bestreben geltend, Wohnungen für kinderlose oder kinderarme, sowie für wirtschaftlich besser gestellte Familien herzustellen. Man hat sich schon ganz an die Anzeigen gewöhnt, sie „Wohnungen für kinderlose Parteien“ ausbieten. Die grenzenlose, barbarische Rohheit, mit der kinderreiche Familien wegen ihres Kindersegens von vornherein abgewiesen oder später gekündigt werden, ist gerichtsnotorisch (Busching). Was alles geben die trockenen Notizen zu denken, die gar nicht vereinzelt in der Presse durchlaufen, wonach Familienväter zum Selbstmord getrieben wurden, weil sie für ihre zahlreicheren Familien keine Wohnungen erhalten konnten. Sogar in diesen ersten Zeiten des Krieges haben sich die Behörden wiederholt gezwungen, in öffentlichen Aufforderungen an das Volksgewissen zu appellieren, weil kinderreiche Familien nirgends Wohnungen erhalten konnten.

Die Folge des Wohnungsmangels ist die Zusammendrängung vieler Menschen auf wenige Räume und Häuser, die Überbevölkerung. In Berlin gab es 1905 6899 „Wohnungen“, die aus einem Raum ohne Heizgelegenheit bestanden, in denen 13 570 Menschen hausten. 249 457 Wohnungen mit 806 500 Bewohnern hatten einen heizbaren Raum, davon hatten aber 31 251 Wohnungen weder Küche noch Nebenraum. In 41 991 Wohnungen hausten je 5-13 Personen in einem Zimmer. In Wohnungen mit keinem oder einem heizbaren Zimmer mit 6 und mehr Bewohnern bezw. mit zwei heizbaren Zimmern mit 11 und mehr Bewohnern zählte 1906 Berlin 24 440, Chemnitz 7457, Breslau 6876, Hamburg 5662, Königsberg 4630, Leipzig 3987. Eine Zählung in Posen 1910 stellte fest, daß 25 302 Personen zu 6 und mehr, und 18 500 zu 5 gemeinsam in einem Räume schliefen. 52 501 Wohnungen gab es dort, die nur 1-2 Wohnräume zählten. Noch überall, wo Wohnungsuntersuchungen vorgenommen wurden, zeigte sich eine starke Überfüllung der einzelnen Wohnungen. Ein ungeheurer großer Teil unseres Volkes hat zum Wohnen nicht soviel Raum, wie er jedem Sträfling geschmächtig in den Strafanstalten zugesichert ist.

Neben der Zusammendrängung vieler Menschen auf wenige Räume zeigt sich ein immer stärkeres Zusammendrängen vieler Haushaltungen auf wenige Grundstücke. In den letzten Jahren vor dem Kriege wurden für jedes neue Hunderttausend Menschen etwa 5000 neue Häuser gebaut, das macht durchschnittlich ein Haus für je 20 Menschen. So ist der Typ des neuen Hauses die Mietkaserne. Die einzige Stadt in Deutschland, die ein erträgliches Bild des Wohnungswesens zeigt, ist Bremen. Hier wohnen im Durchschnitt 7-8 Personen auf einem Grundstück, das Kleinhaus ist dort auch für die minderbemittelte Bevölkerung die Regel. In Aachen, Grefeld, Straßburg, Köln, Essen, Barmen, Elberfeld kommen durchschnittlich 10-20 Bewohner auf ein Wohngebäude, in Düsseldorf Dortmund, Hannover, Kassel, Leipzig, Dresden 20-30, in Chemnitz, Magdeburg, München, Hamburg und den meisten Großstädten des Ostens 30-50, in Berlin und Charlottenburg sogar 78 bezw. 65. Die

Zahl der Mietkasernen in den großen Städten wächst dauernd. In Berlin hatten 1910 rund 80 Prozent aller Gebäude 5 und mehr Geschosse.

Es ist ein Irrtum zu glauben, daß die wachsende Industrie die Mietkaserne notwendig bedinge. Aus den vorigen Angaben zeigt sich, daß die großen und am schnellsten gewachsenen Industriezentren des westlichen Deutschlands noch die günstigsten Zahlen aufweisen. Andere Länder mit starker industrieller Entwicklung, England, Belgien und zum Teil Nordamerika haben durchweg das Einfamilienhaus beibehalten. In England kamen im Jahre 1901 durchschnittlich auf ein Haus 5,2 Bewohner, in rein städtischen Bezirken durchschnittlich 5,4. Dabei ist in vielen Städten in den letzten Jahren trotz starken Wachstums der Bevölkerung noch ein Rückgang dieser Ziffern zu bemerken gewesen.

(Fortsetzung folgt.)

Aus dem Reichstage

Der Voranschlag für den Reichshaushalt für das Rechnungsjahr 1916, das ist vom 1. April 1916 bis 31. März 1917, ist dem Reichstag bei seinem Wiederzusammentritt am 15. März vorgelegt worden. Der Haushaltsplan soll formell die verfassungsmäßige und wirtschaftliche Grundlage zur Fortführung der Verwaltung abgeben. Die zur Durchführung des Krieges nötigen Mittel werden durch Kriegsanleihen gedeckt. Da ein zuverlässiger Voranschlag während der Kriegszeit nicht möglich ist, sind im diesjährigen Haushaltsplan die vorläufigen Ansätze übernommen worden. Neue Kriegskredite werden diesmal nicht angefordert, da die im Dezember 1915 bewilligte Summe von 10 Milliarden Mark noch einige Monate hinreicht, die Kriegsausgaben zu decken. Dagegen ist für Verzinsung der Reichsschuld der tatsächlich erforderliche Betrag von über zwei Milliarden angefordert.

In den Erläuterungen zum Haushaltsplan wird gesagt: Die Herstellung des finanziellen Gleichgewichts ist ohne Erschließung neuer Einnahmen nicht möglich. Es werden deshalb Kriegssteuern vorgeschlagen, eine durchschnittliche Abgabe von zehn Prozent des Kriegsgewinnes, erhöhte Abgaben auf Tabak und Zigaretten, den Eisenbahn- und Postverkehr. Außerdem ist die Einführung einer Luittungssteuer von den Verbündeten Regierungen in Vorschlag gebracht. Die neuen Steuern sollen einen Jahresertrag von rund 500 Millionen Mark bringen, eine Summe, die bereits für 1916 in Einnahme gestellt ist. Der Entwurf eines Gesetzes für den Reichshaushalt sieht demgemäß eine Einnahme von 3758 Millionen Mark vor, ebenso hoch die Ausgabe. Dazu kommen 144 Millionen an einmaligen Ausgaben und 99 Millionen außerordentliche Ausgaben.

Als Haupteinnahmeposten findet sich der für Zölle im Betrage von über 700 Millionen Mark. Während der Kriegszeit ist nicht daran zu denken, daß dieser Betrag eingeht. Die Tabaksteuer ist eingesetzt mit 10,87 Mill., die Zigarettensteuer mit 39,2 Mill., die Brauweinsteuer mit 191 Mill., die Frausteuer mit 128,9 Mill. Mark. Die Zuckersteuer soll einen Reinertrag von 165 Millionen Mark bringen. Für Verkehrsabgaben, Frachttarifen, Fahrkarten, sind vorgesehen rund 56 Millionen Mark. Aus der Erbschaftsteuer wird eine Einnahme von 50 Millionen Mark erwartet und aus den Matritularbeiträgen der Bundesstaaten 245,9 Millionen Mark.

Von den Ausgaben sollen die für soziale Zwecke hervorgehoben werden. Es sind eingestellt 70 Millionen Mark als Reichszuschuß zur Invalidenversicherung, fast 4 Millionen mehr als im Vorjahr. Die Rentenabgaben sind ständig gestiegen. An Invaliden-, Kranken- und Altersrenten wurden 1912: 175,8 Millionen, im Jahre 1914 aber 193,5 Millionen Mark ausbezahlt. Die Hinterbliebenenrenten sind im selben Zeitraum von

800 000 Mark auf rund 6 Millionen Mark gestiegen. Die Reichsbelastung durch Wittwengeld und Waisensteuer belief sich im Jahre 1912 auf 197 000 Mark, im Jahre 1914 auf 509 000 Mark und wird für 1916 auf 700 000 Mark geschätzt. Der Gesamtaufwand für diesen Zweck wird an die 9 Millionen Mark betragen.

Zur Herstellung von Kleinwohnungen für Arbeiter und geringbezahlte Beamte in den Betrieben des Reiches und der Militärverwaltung sind im Reichshaushalt 5 Millionen Mark (eine Million mehr als im Vorjahr) eingestellt. Begründet wird die Mehrforderung mit dem Hinweis, daß sich insbesondere bei den Arbeitern der Militärverwaltung ein großes Wohnungsbedürfnis geltend mache. Seit 1901 bis Ende 1915 sind vom Reich 57 Millionen Mark für solche Kleinwohnungen angewendet worden. Außerdem hat das Reich dafür Bürgschaften übernommen; im Jahre 1914 für 410 000 Mark, im Jahre 1915 für 1,5 Millionen Mark Hypotheken der Baugenossenschaften des obengenannten Personals. Nach den bisherigen Willkürungen besteht die Möglichkeit, im Jahre 1916 Bürgschaften für hypothekarische Darlehen in Höhe von 5,68 Millionen Mark zu übernehmen. Die Frage der Bürgschaftsübernahme für Baudarlehen weiterer Kreise und zum Bau von Kriegerheimstätten wird im Voranschlag nicht gelöst. Die Beschlüsse des Wohnungsausschusses sind unberücksichtigt. Ein Gesetzentwurf, betreffend die Kapitalisierung der Kriegserrenten zur Heimstättenbeschaffung ist jedoch angekündigt. Der Finanzansatz für die vom Reich gewährten Baudarlehen steht mit 1,19 Millionen Mark unter den Einnahmen.

Im Voranschlag für das Reichsamt des Innern sind weiter vorgesehen: 28 000 Mark zur Unterstützung deutscher Seemannsheimen im Ausland; 15 000 Mark als Beitrag für die Zentralfstelle für Volkswohlfahrt 70 000 Mark zur Herausgabe der „Nachrichten für Handel, Industrie und Landwirtschaft“; 85 000 Mark für Einrichtungen des deutschen Handels und Gewerbes; 10 000 Mark zur Herausgabe von Berichten über Landwirtschaft; 365 000 Mark zur Abwehr der Kinderpest; 155 000 Mark zur Förderung des Absatzes landwirtschaftlicher Erzeugnisse; 45 000 Mark Beitrag für die Arbeiterwohlfahrtsausstellung; 50 000 Mark Beitrag für den Verband deutscher Arbeitsnachweise; 165 000 Mark zur Bekämpfung des Typhus. Für Aufwandsentschädigungen an soldatereiche Familien in Höhe von 210 Mark sind wiederum 7,5 Millionen Mark eingeseht.

Am 15. März 1916 ist der Reichstag zu seiner 7. Kriegstagung in Berlin zusammengetreten. Er hat vorerst nur 5 Vollversammlungen gehalten und sich dann bis Anfang April vertagt. In seiner letzten Sitzung, am Freitag, den 24. März, kam es zu noch nie dagewesenen Kadanzenen, die zur Spaltung der sozialdemokratischen Fraktion führten.

Zur Beratung stand der Entwurf eines Gesetzes zur vorläufigen Regelung des Reichshaushalts. Seine Annahme ermöglicht die Fortführung der Reichsgeschäfte, der Betriebe und Arbeiten des Reiches, der Wohnungsbauten usw. Als Vertreter der Sozialdemokraten hatte Abg. Scheidemann bereits seine Zustimmung ausgesprochen, ohne sich für die weiteren Verhandlungen zu binden. Da kam die Überraschung! Trotz gegenteiligen Fraktionsbeschlusses ergriff der Abg. Haase namens einer sozialdemokratischen Minderheit das Wort, um die Ablehnung auszusprechen und sie zu begründen. Mit kreischender Stimme wetterte Haase gegen die Kriegs- und Wirtschaftspolitik und berief sich dabei zu Keuschungen, die jedem Deutschen und Vaterlandsfreund die Schamröte ins Gesicht treiben, unser Ansehen im Ausland schwer schädigen mußten. Mit heller Entrüstung wies die große Mehrheit des Reichstages diese Ausfälle Haases zurück. Auch aus den Reihen der Sozialdemokraten kam stürmischer Widerspruch. Der Abg. Reil, ein ehemaliger Handwerksgehilfe, rief dem advokatisch ge-

bildeten Genossen zu: „Sie waren in der Fraktion mit uns einverstanden; Unehrlichkeit bleibt unehrlich!“ Weil fand mit diesem bezeichnenden Juruf lebhaft Zustimmung. Gaase aber wurde, nachdem er, trotz wiederholter Mahnung des Präsidenten, seine verlegenden Ausführungen fortzusetzen versuchte und nicht zum Sache sprach, das Wort entzogen.

Als Vertreter der Verbliebenen Regierungen wies Schatzsekretär Dr. Helfferich die Ausfälle Gaases energisch zurück: „Ich kann vor dem ganzen deutschen Volke nur das Beste bebauern und die stärkste Enttäuschung aussprechen, daß ein Mann, der sich Vertreter des deutschen Volkes nennt (Jurufe: Ist ein Jubel), es wagt, von dieser Tribüne aus Worte zu sprechen, die geeignet sind, unseren Feinden das Herz und den Rücken zu stärken und so zur Verlängerung des Krieges beizutragen.“ (Donnernder Beifall.)

Abgeordneter Gaase suchte sich zu verteidigen mit dem Hinweis darauf, daß er für die Beendigung des Krieges habe wirken wollen. Aber seine eigenen Parteigenossen, die ihn umringten, riefen ihm zu: „Ihre Politik bringt Deutschland ins Unglück!“ Dr. David: „Sie dient dem feindlichen Ausland und verlängert den Krieg!“ Scheidemann macht Zirkelbewegungen auf der Stirn, um anzudeuten, daß der ehemalige Fraktionsvorsitzende im Oberstübchen krank sein müsse. Inzwischen war Sache mit Deule und Hoch zusammengegeraten. Die Genossen beschimpften sich gegenseitig und schrien vor versammeltem Reichstag einander an, wie wildgewordene Kämpfer. Während sie so tobten, rief Dr. Arendt von der Reichspartei: „Böhren hinüber!“ Er meinte wohl, einem solchen häßlichen Schauspiel müsse durch kräftige Faust ein Ende gemacht werden.

Es sind beschämende Vorgänge, die sich im deutschen Reichshause abgespielt haben. Während das deutsche Volk mit einer Welt von Feinden um seine Existenz zu ringen gezwungen ist, liefern deutsche Sozialdemokraten Waffen dem Feinde gegen das eigene Volk. Das haben nicht einmal die russischen Sozialdemokraten, geschweige denn die französischen oder englischen getan. Die Vorgänge zeigen aber auch, wie es innerhals der Sozialdemokratie aussieht.

Unter Führung der Abgeordneten Gaase und Wurm hat sich nun im Reichstag eine neue Fraktion: „Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft“ gebildet, der vorerst 18 Mitglieder angehören. Ein süddeutscher Abgeordneter gehört ihr nicht an. Auch die Gewerkschaftler haben sich ferngehalten. Doch wird die Spaltung der Fraktion sicher nicht ohne Einfluß auf die „freien“ Gewerkschaften und auf die Arbeiterbewegung überhaupt sein. Die Spaltung wird auch politische Wirkungen auslösen; zunächst die, daß die sozialdemokratische Fraktion im Reichstag nicht mehr die stärkste ist und nicht an erster Stelle kommen wird. Ob es zu einer großen Linksguppe im Reichstag kommt, die anderen Fraktionen ihren Willen aufzuzwingen vermag, das liegt im Schoße der Zukunft.

Um die Löhne der Kriegsbeschädigten

Die Erörterung der Entlohnung Kriegsbeschädigter nimmt einen immer breiteren Umfang an. Das ist im Interesse der Kriegsbeschädigten nur zu begrüßen, weil dadurch frühzeitig Klarheit geschaffen und einer Schädigung von vornherein vorgebeugt wird. Volkliche Einmütigkeit herrscht im deutschen Volke darüber, daß die Arbeitskraft der vielen Kriegsverletzten in der Volkswirtschaft Verwendung finden soll, sofern sie durch ärztliche Kunst wieder einigermaßen erwerbsfähig gemacht werden können. Bei der praktischen Verwirklichung ergeben sich aber mannigfache Schwierigkeiten, die sich nach dem Kriege zweifellos vergrößern werden, wenn wir mit einem weniger günstigen Arbeitsmarkt zu rechnen haben. In erster Linie wird die Lohnfrage zu Differenzen zwischen Unternehmern und Arbeitern führen, wie verschiedene Anzeichen jetzt schon deutlich erkennen lassen. Die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ hat sich mit aller Entschiedenheit gegen eine Hinwirkung der Arbeiterorganisationen bei der Unterbringung der Kriegsbeschädigten gewandt; sie lehnt es im Namen der Unternehmer sogar (Nr. 50, 1915) kräftig ab, über diese Frage überhaupt mit Vertretern der Gewerkschaften zu verhandeln. Die Beweggründe zu dieser schroffen Stellungnahme liegen auf dem Gebiete der Lohnfrage. Die Arbeitgeber wollen ganz allein darüber zu befinden haben, welche Löhne den Kriegsbeschädigten zu zahlen sind. Dabei wird die „Arbeitgeber-Zeitung“ schon darauf hin, daß der Kriegsverletzte der gleiche Arbeitslohn nicht zugewiesen werden könne, wenn die Menge ihrer Leistung hinter der von gesunden Arbeitern zurückbleibe. Die Beschäftigung der Kriegsbeschädigten

scheint diesen Unternehmern nur dann genehm zu sein, wenn sie besonders nutzbringend ist. Der Bayerische Industriellenverband hat in einer Gegenüberstellung an die bayerische Staatsregierung, auf die Forderung der Gewerkschaften, daß die Kriegsverletzten nicht etwa als Lohnrücker mißbraucht werden, um daß die Gewerkschaften zur Mitwirkung bei diesem Teile der sozialen Fürsorge herangezogen werden, ablehnend geantwortet. Hinsichtlich des Verlangens der Gewerkschaften, daß die bestehenden Tarifverträge auch für die Kriegsschädigten zu gelten haben, sagt der Industriellenverband:

„Die Forderung der Gewerkschaften, daß den erwerbsbeschränkten Arbeitern der volle Lohn bzw. die vollen Tarifsätze zu zahlen seien, ist unerfüllbar... würde das Verlangen der Gewerkschaften auf vollen Lohn für Arbeiter mit verminderter Leistung aufrechterhalten werden, so würde die Industrie die Einstellung der Kriegsschädigten mit verminderter Arbeitsfähigkeit ablehnen müssen.“

In Arbeiterkreisen faßt man den Sinn dieser Stellungnahme dahin auf, daß die Unternehmer nur dann Kriegsschädliche beschäftigen, wenn sie als billige Arbeitskräfte in Betracht kommen. Ueber den Grad der Erwerbsbeschränkung werden die Meinungen häufig auseinandergehen, ebenso über den Begriff der Leistung. Diesen Schwierigkeiten zu begegnen, die etwa auftauchenden Gegenfälle auszugleichen, liegt im wohl verstandenen Interesse der Gesamtheit. Alle Bestrebungen, die auf dieses Ziel hinarbeiten, verdienen deshalb nachdrücklichste Unterstützung. Vor allem aber muß auf die Arbeitgeber eingewirkt werden, daß sie diese Fragen nicht einseitig allein entscheiden wollen, sondern mit den Vertretern der Arbeiterorganisationen verhandeln und eine Verständigung erzielten. Nur auf diesem Wege ist Vertrauen und Zufriedenheit auf beiden Seiten zu erzielen.

Allgemeines

Das Eisene Kreuz erhielten folgende Kollegen: Hubert Lindenkopf aus Rachen, Mitglied der Zahlstelle Loebenitz; Unteroffizier Jos. Schmölke, Unteroffizier Bernhard Eifson und Paul Eifson, Mitglieder der Zahlstelle Pshob; Gefreiter Jos. Rabanek, Mitglied der Zahlstelle Wilhelmshaven; Gefreiter Mag Garisch, Mitglied der Zahlstelle Berlin, Fliesenleger.

Die vierte Kriegsanleihe hat wiederum ein glänzendes Resultat ergeben. Nach den bisher vorliegenden Zeichnungen ergeben dieselben rund 10 Milliarden 600 Millionen Mark. Zeitanzeigen, die das Ergebnis noch etwas erhöhen werden, stehen noch aus. Auch die Zeichnungen und die Zeichnungen aus dem überseeischen Ausland sind darin noch nicht enthalten. Das deutsche Volk hat damit für die Kriegszwecke in 20 Monaten gegen 36 1/2 Milliarden Mark an langfristiger Anleihe aufgebracht.

Schnaps und Brotgetreide. Kürzlich teilte die Tagespresse mit, die Reichsgetreidestelle habe 45 000 Tonnen Roggen (900 000 Zentner) für die Brauwereinerie bereitgestellt. Jedermann faßte sich an den Kopf und fragte sich, was brauchen wir notwendig, Brot oder Brauwertwein. Zumal erst vor einigen Wochen die Brotration ermäßigt werden mußte. Die Zuweisung dieser Roggenmenge an die Brauwereinerie wurde mit der Gewinnung von Schlempe für die Viehfütterung verteidigt. Es wurde jedoch nachgewiesen, daß dies die reinste Verwendung von menschlichen Nahrungsmitteln bedeute. Wie jetzt bekannt wird, hat diese öffentliche Kritik bewirkt, daß der größte Teil von den 45 000 Tonnen Roggen nun doch der menschlichen Ernährung wird erhalten bleiben, bisher sind nämlich nur 8000 Tonnen verbraucht, und der übrige Teil wird der Kornspirituszentrale nicht mehr überwiesen werden. Wie ist es überhaupt möglich, daß solche Beschlüsse zustande kommen? Ohne Schnaps können wir leben, aber nicht ohne Brot.

Die Aufgabe der inneren Front. In ungeflümmten Anprall haben unsere wackeren Kämpfer den feindlichen Wall an Frankreichs Grenze hinweggeschleift. In unermüdlicher Ausdauer halten sie treu die Wacht in den eisigen Gefilden Rußlands, den Bergen Serbiens, ein lebendiger Wall, der die Grenzen Deutschlands schützt. Nicht allen ist es vergönnt, draußen mitanzusehen an der Verteidigung des Vaterlandes. Aber auch diese können Kriegsdienst der Heimat leisten. Der den Truppen ihren harten Dienst erleichtert, sie durch Erfrischungen erquickt, ihnen die Liebe der im Lande geliebten Volksgenossen beibringt, der stärkt die Schutzwehr gegen den Feind. So mancher ist unter unseren braven Zeitgenossen, an den niemand denkt, der kein Zeichen des liebevollen Gedankens aus der fernem Heimat erhält. Darum gebe jeder, der einem Angehörigen ein Paket sendet, ein zweites für die Allgemeinheit und damit für einen Kameraden, der seine jugendlichen Angehörigen zu Hause hat. Die Staatliche Anstalt für den Kriegsdienst, Karlsruherstraße 12, befordert als amtliche Sammelstelle Liebesgabenwendungen an alle in der Front befindlichen Krieger zur Front. Gebildeten können bei den Provinzialstellen der Dresdener Bank für Kasse Z, der Pauli in Handel und Industrie für Kasse S und auf Postfach 10000 in Dresden eingereicht werden. Jedem Spracher wird

der Eingang der Liebesgaben oder Geldspenden dankend bestätigt werden.

Herabsetzung der Altersgrenze. Dem einstimmigen Beschluß des Reichstages, die Altersgrenze von 70 auf das 65. Jahr herabzusetzen, ist die Regierung bereits nachgekommen. Dem Bundesrat ist eine entsprechende Vorlage bereits zugegangen, so daß der Reichstag in der Lage sein wird, über die Änderungen der Vorschriften der Reichsversicherungsordnung im Laufe seiner nächsten Tagung zu beschließen. In der Presse ist angeregt worden, die Vorschriften nicht sofort in Kraft treten zu lassen, da zur Bearbeitung der im ersten Jahre zu erwartenden Anträge, deren Zahl auf 200 000 angegeben wird, zahlreich Beamte erforderlich seien, die zurzeit nicht zur Verfügung gestellt werden könnten. Es sei zweckmäßig, das Inkrafttreten der neuen Vorschriften bis nach Friedensschluß hinauszuschieben und, um Benachteiligungen auszuschalten, den Bestimmungen rückwirkende Kraft beizulegen. Diesen Bedenken muß jedoch mit dem Hinweis begegnet werden, daß die angegebene Zahl zu hoch veranschlagt und nach vorsichtiger Schätzung etwa auf die Hälfte (also rund 100 000) zu berechnen sei. Auch ist die geschäftliche Erledigung von Anträgen viel einfacher als bei Anträgen auf Bewilligung von Zusatzrenten, da woher die wirtschaftlichen noch die gesundheitlichen Verhältnisse des Antragstellers nachzuprüfen sind, sondern lediglich festgestellt wird, ob die Altersangaben stimmen und ob die Mindestzahl der vom Gesetz geforderten Beitragswochen nachgewiesen werden kann. Damit wird einem langjährigen Wunsch der Arbeiter endlich Rechnung getragen.

Hamsterforgen. Es gibt unter den Hausfrauen auch heute noch ängstliche Gemüter, die der sorgfältigen Gesinnung der Behörden kein unbegrenztes Vertrauen schenken; im Gegenteil, sobald „Mahnahmen“ angekündigt werden, ziehen sie aus und kaufen. Leider verstehen sie zwar vorzüglich, noch nicht versiegte Bezugsquellen ausfindig zu machen, haben in der Regel auch Geduld und Ausdauer im Warten in der langen Kette vor den Säben, aber sie verstehen es nicht, die eingehamsterten Vorräte vor dem Verderben zu bewahren. Da vertrauen sie ihre Sorgen dem „Briefkastenwunder“ an und fragen: Was tut man mit dumpfigem Mehl, mit stockigen Hafervollkorn, mit ranzigem Öl, mit verdorbener Butter? Der Briefkastenwunder ist gebuldig, nur ab und zu entfährt einem seiner Mitarbeiter eine etwas ironische Antwort, indem er vielleicht rät, das ranzige Speiseöl zum Stiefelschmieren zu gebrauchen. Wie wäre es, wenn die Behörden sich das Vertrauen, das die Hamster zu den Briefkastenedeln haben, zunutze machten, und die Vorratslager ausräumten? Nicht so sehr, um den stolzen Besitzern das Vergnügen zu stören, als nur die noch unverdorbenen Waren vor dem Schicksal der Dese, Butter, Mehle usw. zu bewahren. Die Schriftleitungen könnten doch leicht angehalten werden, die Namen bekanntzugeben. Parteimitgliedschaft ist gegenüber den unverbesserlichen Mitgliedern der Hamsterfamilien ebensowenig am Plage wie gegenüber Kriegsspekulanten!

Bayern voran. Bei Beratung des Etats der Landwirtschaft in der Kammer der Reichsräte erklärte der Minister des Innern Freiherr von Soden bezüglich der Einführung von Fleischkarten in Bayern: Da bezüglich der Ausdehnung der fleischlosen Tage auf die Privathaushaltungen gewisse Bedenken bestehen, so verbiete die Rationierung des Fleischverbrauchs, die zugleich auch die sozialen Gegenstände am besten ausgleiche, den Vorzug. Es sei beabsichtigt, Landesfleischkarten auf die Dauer von vier bis acht Wochen auszustellen, auf den Namen des Haushaltungsvorstandes, und zwar auf den Kopf der Bevölkerung je eine Karte, so daß sie auf Reisen und in Gastwirtschaften benutzt werden kann. Die Fleischkarte wird sich nach den vorhandenen Fleischvorräten richten. Einzelheiten werde die demnächst erscheinende Ministerialbekanntmachung regeln. Es wäre wünschenswert, wenn in dieser Frage eine möglichst einheitliche Durchführung im ganzen Reiche Platz griffe. — Recht hat der bayerische Minister, mehr wie recht. Aber bis Preußen sich zu dem gleichen Standpunkt gefunden hat, ist es töfsicher wieder zu spät. War es bisher nicht immer so?

Eine Regelung des Koalitionsrechtes der staatlichen Beamten und Arbeiter fordern die größeren deutschen Staatsarbeiterverbände, wie Berliner Eisenbahnerverband, Eisenbahner christlich-nationaler Verband, Reichsverband der Staatsangestelltenverbände, die sich zu einer Arbeitsgemeinschaft vereinigt haben, durch eine entsprechende Ergänzung des Reichsvereinsgesetzes. Darin sind Grundsätze zur gesetzlichen Regelung des staatlichen Arbeitsvertrages aufgestellt. Diese Grundsätze verknüpfen die Gerichtsbarkeit der Reichsversicherungsordnung mit dem Arbeitskammergedanken und wollen so den Staatsarbeitern einen Einfluß auf die Gestaltung ihres Arbeitsvertrages und einen stärkeren Weg der Rechtsverfolgung verschaffen. Öffentlich ist ihr Streben von Erfolg begleitet.

Wirtschaftliche Bewegung

Bezirk Königsberg.

Zu dem Ergebnis der Tarifverhandlungen vom 11. und 12. Februar in Berlin nahmen unsere Kollegen in einer Anzahl von Versammlungen und Konferenzen Stellung. So in Königsberg, Allenstein, Heilsberg, Landsberg, Braunsberg, Ortelsburg, Tapiau, Danzig, Oliva, Gohpor, Neustadt, Dirschau und Nemel. In sämtlichen Orten wurde die ablehnende Haltung der Verhandlungskommission in Bezug auf die angebotene Lohnerhöhung der Arbeitgeber einstimmig gut geheißen. Entsprechend den ungeheuren Lernerungsverhältnissen, wurde überall von den Kollegen zum Ausdruck gebracht, daß eine angemessene Lohnerhöhung eintreten

müßte. Die Forderungen, welche die Mitglieder aufstellten, betragen sich zwischen 15 und 25 Pfg. pro Stunde. In allen Versammlungen wurde betont, daß der Tarifvertrag, um welchen die deutschen Bauarbeiter die schwersten Kämpfe geführt haben, trotz des Scheiterns der Verhandlungen als eine Friedenseinrichtung auch in Zukunft hochgehalten sei. Bedinglich die augenblickliche Notlage, unter welcher die Bauarbeiterchaft leidet, zwingt diese, einen Tarifvertrag unter den von den Arbeitgebern angebotenen Bedingungen abzulehnen. Die von den Arbeitgebern ab 15. März angebotene Lohnerhöhung von 5 Pfg. (6 Pfg. Löhnen im Bezirk nirgends in Frage und 4 Pfg. nur an einzelnen Orten) sollen unsere Mitglieder allerorts verlangen, und falls diese nicht gezahlt werden, dem Bezirksleiter davon Mitteilung machen.

Bezirk Köln.

Siegen, 18. März 1916. Unsere Verwaltungsstelle nahm in mehreren Versammlungen zu dem Resultat der zentralen Verhandlungen und dem Beschluß des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe Stellung. Allgemein wurde zum Ausdruck gebracht, daß das Angebot des Deutschen Arbeitgeberbundes in Anbetracht der so gewaltig gesteigerten Lebenshaltung durchaus nicht befriedigend wäre, zumal die Unternehmer bisher überhaupt keine Teuerungszulage gezahlt haben, wenigstens nicht im allgemeinen, und im Siegerlande der Stundenlohn hinter gleichbedeutenden Städten sehr zurücksteht. Folgende Resolution wurde in der Siegener Versammlung, die am 17. März stattfand, einstimmig angenommen: „Die am 17. März in Siegen tagende Versammlung der Verwaltungsstelle Siegen bedauert nach Kenntnisnahme des Resultats der zentralen Tarifverhandlungen, daß der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe so wenig soziale Einsicht bekundet hat. Das Angebot von 5 Pfg. Teuerungszulage muß für die Siegerländer Verhältnisse als ungenügend bezeichnet werden. Eine Teuerungszulage von 5 Pfg. bedeutet bei dem bestehenden Tariflohn 8 Prozent, während die Teuerung mehr als 70 Prozent beträgt.“

Die Versammelten erwarten von den Bauarbeitgebern des Siegerlandes ein bedeutend weiteres Entgegenkommen. — An alle noch nicht organisierten Bauarbeiter richtet die Versammlung die Aufforderung, sich unverzüglich dem Zentralverband christlicher Bauarbeiter Deutschlands anzuschließen, da dann die Interessen der Bauarbeiter noch gewahrt sind. Alle Anwesenden verpflichten sich, für die Stärkung der Organisation durch persönliche Agitation einzutreten.“

Hoffentlich zeigen nun die Siegerländer Bauarbeiter etwas mehr Interesse. Es haben sich während des Krieges viele indifferente Bauarbeiter eingemischt. Sie drohen den von den organisierten Kollegen errungenen geregelten Verhältnissen gefährlich zu werden. Wenn unsere Helden zurückkehren, werden sie mit diesen Pflichtvergeßenen Traktur reden. Unser Antrag auf Teuerungszulagen im vorigen Jahre wurde vom Siegerländer Arbeitgeberverband abgelehnt. In dem ablehnenden Schreiben wurde u. a. auch die Behauptung aufgestellt, die Siegerländer Bauarbeiter wären nicht mehr in entsprechender Anzahl organisiert, und daher fehle der Organisation das Mandat, für alle Bauarbeiter Teuerungszulagen zu stellen. Auch jetzt sind diese unorganisierten wieder ein großes Hindernis; denn schon wird bekannt, daß der Arbeitgeberverband in einer Bezirksversammlung beschlossen hat, statt der von der Bundesversammlung beschlossenen 5 Pfg. nur 4 Pfg. Teuerungszulage zu bezahlen. Gelingt es, die unorganisierten Bauarbeiter der Organisation zuzuführen, dann dürfte es auch im Siegerlande ein leichtes sein, die notwendige Teuerungszulage durchzuführen.

M.-Gladbach, 12. März 1916. Unsere Verwaltungsstelle hielt hier heute eine Ausschüttung und anschließend eine Mitgliederversammlung ab. Außer Jahres- und Kassenberichten beschäftigte sich die Tagung in der Hauptsache mit der Tarifbewegung und Agitation. Den Bericht über die zentralen Tarifverhandlungen erstattete Bezirksleiter Kollege Lange. In der Diskussion wurde allgemein die Ansicht vertreten, daß eine Lohnerhöhung von 5 Pfg. pro Stunde für die Verhältnisse im M.-Gladbacher Bezirk viel zu gering sei. Man war sich auch klar darüber, daß bei dem bekannten verneinenden Standpunkt der M.-Gladbacher und Rheidter Unternehmer, und angesichts der großen Interessenlosigkeit so vieler indifferenter Bauarbeiter, es seine Schwierigkeiten haben würde, die notwendige Verbesserung durchzusetzen. Alle Anwesenden versprachen, mit erneuter Energie auf den Arbeitsplätzen durch persönliche Agitation für die Stärkung der Organisation Sorge zu tragen. Falls es bis zum 31. März nicht zu einer zentralen Einigung kommt, soll örtlich an die Unternehmer herangetreten werden. Zu eventuellen örtlichen Verhandlungen wurden die Kollegen Müller, Maagen und Münten gewählt.

Hemsheld. Unsere letzte Mitgliederversammlung schloß sich mit dem Resultat der zentralen Tarifverhandlungen und der Haltung des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe. Es kam in der Aussprache die einseitige Auffassung zum Ausdruck, daß das Angebot durchaus gar nicht den vorhandenen Verhältnissen Rechnung trage und die Unternehmer sehr kurzichtig handelten, indem sie die Bauarbeiter infolge des geringen Verdienstes zwingen, in den Fabriken Arbeit zu suchen. Das Resultat der Aussprache wurde in folgender Resolution zusammengefaßt, die einstimmig Annahme fand:

„Die heute, am 10. März, tagende Mitglieder-Versammlung nimmt Kenntnis von dem Resultat der zentralen Tarifverhandlungen. Die Versammlung ist der Ansicht, daß das geringe Angebot von 5 Pfg. pro Stunde nicht als eine Entlastung der gewaltigen Teuerung angesehen werden kann. Für Hemsheld ist eine Steigerung der Ausgaben für Lebensmittel um mehr als 80 Prozent zu verzeichnen, während eine Erhöhung des Tariflohnes um 5 Pfg. 7,8 Prozent beträgt.“

Die Versammelten sind sich bewußt, daß der größte Teil der Kriegsteuerung selbst zu tragen ist, aber sie glauben mit vollem Recht verlangen zu können, daß die

Zur Beachtung! Sonntag, den 1. April ist der 5. Wochenbeitrag fällig. Jeder ernste Gewerkschafter zahlt seine Beiträge pünktlich.

Unternehmer durch eine bedeutend weitere Lohnerhöhung die drückende Lage etwas mildern.

Von der Abteilung Hemsheld des Schutzverbandes der Vergischen baugewerblichen Betriebe erwartet daher die Versammlung ein besseres Entgegenkommen.

Alle Anwesenden verpflichten sich, mit aller Energie durch persönliche Agitation auf den Arbeitsstellen für die Stärkung des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter einzutreten und so den berechtigten Wünschen der Bauarbeiter den notwendigen Nachdruck zu verleihen.“

Solingen. Unsere Mitgliederversammlung nahm zu dem Resultat der zentralen Tarifverhandlungen und den Beschlüssen des Deutschen Arbeitgeberbundes Stellung. An den Bericht des Bezirksleiters schloß sich eine rege Aussprache. Diese ergab die einstimmige Ansicht, daß das Angebot von 5 Pfg. in gar keinem Verhältnis zu der so gewaltigen Teuerung stehe. Zu der Teuerung komme noch der Umstand, daß fast alle Familien einen und auch mehrere Eöhne im Felde haben, denen Feldpostpatenten gesandt werden müssen. Die Belastung sei infolge der Kriegsteuerung so drückend, daß sie kaum noch zu tragen sei. Von den Unternehmern hätte man erwarten dürfen, daß sie die so drückende Lage der Bauarbeiter würden mildern helfen. Das geringe Angebot bedeute nur einen Tropfen auf einen heißen Stein. Es wurde eine Resolution einstimmig beschlossen, worin das unsoziale Verhalten des Arbeitgeberbundes kritisiert, und von der Abteilung Solingen des Schutzverbandes der Vergischen baugewerblichen Betriebe ein weiteres Entgegenkommen erwartet wird. Alle Kollegen hoben hervor, daß eine scharfe persönliche Agitation für die Organisation auf der Baustelle einsehen müsse, damit der letzte jenseitige, bzw. der neu ins Gewerbe eintretende Kollege zum Anschluß gewonnen würde. Sollte es nicht zu einer allgemeinen Einigung auf zentraler Grundlage kommen, dann soll versucht werden, nach Ablauf des Tarifvertrages mit dem Ortsverband der Unternehmer zu einer örtlichen Vereinbarung zu gelangen.

Der Arbeitsmarkt im Februar

Ueber die Lage des deutschen Arbeitsmarktes im Februar 1916 berichtet das vom Kaiserlichen Statistischen Amte herausgegebene „Reichs-Arbeitsblatt“ in seinem Märzheft, wie folgt:

Die wirtschaftliche Lage zeigt, abgesehen vom Webstoff- und Bekleidungs-gewerbe, im Vergleich zum Vorjahr eine vielfach erhebliche Besserung. Wenn zu Friedenszeiten im Februar auch dem Vormonat gegenüber meist für eine Anzahl von Gewerben eine Steigerung hervortritt, so macht sich jetzt zur Kriegszeit eine solche Verbesserung nicht so auffallend geltend, da die Kriegswirtschaft dem Arbeitsmarkt heute das Gepräge gibt. Die Kriegswirtschaftlichen Hauptindustrien sind bereits seit Monaten aufs angepannteste beschäftigt und zeigen auch im 19. Kriegsmonat eine ebenso gute Beschäftigung wie zuvor.

Die außerordentlich starke Nachfrage im Bergbau, die in Friedenszeiten im Februar vielfach weniger reger als im Januar ausfällt, hat sich wiederum behauptet und brachte eine weit stärkere Beschäftigung als im Vorjahr mit sich. Der hohe Kohlenstand des Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikats im Januar, der der höchste nicht nur im Kriege, sondern auch größer als der Höchstverstand im Frieden, im Januar 1913, war, ist im Februar zwar nicht libertroffen worden, weil die Wagnisstellung unregelmäßiger war, doch war die gesamte Förderung dieser Bechen im Februar an Tonnenzahl etwas höher als im Januar. In der Metall- und Maschinenindustrie wie in der elektrischen Industrie war die Beschäftigung im allgemeinen gleich gut wie im Vormonat und meist stärker als im Vorjahre, zum Teil machten sich auch hier, ebenso wie in der chemischen Industrie und in der Holzindustrie, Verbesserungen gegen den Vormonat geltend. Im Baugewerbe ist eine Belebung noch nicht eingetreten.

Die Nachweisungen der Krankenkassen ergeben für die in Beschäftigung stehenden Mitglieder am 1. März den Anfang des vorhergehenden Monats gegenüber wie bisher eine Abnahme der männlichen Beschäftigten bei gleichzeitiger Zunahme der weiblichen Beschäftigung. Die männlichen Beschäftigten haben im Februar um 29 855 oder um 0,66 v. H. gegenüber einer Verringerung um 0,29 v. H. im Januar abgenommen; bei den weiblichen Hilfskräften ist eine Zunahme um 19 388 oder um 0,50 v. H., d. h. eine etwas stärkere Zunahme als im Januar (+ 0,24 v. H.) zu verzeichnen. Bei dem Rückgang der männlichen Beschäftigung ist zu berücksichtigen, daß der Umfang der Kriegsgefangenenarbeit in den Ergebenissen der Krankenkassenstatistik nicht zur Erscheinung kommt.

Unter 815 196 Mitgliedern von 37 Fachverbänden waren 22 987 oder 2,8 v. H. arbeitslos. Im Vormonat war über 838 845 Mitglieder berichtet und eine Arbeitslosenziffer von 2,6 v. H. festgestellt worden. Die Beschäftigungslosigkeit hat infolge einer Zunahme der Arbeitslosen unter den Webstoff- und Bauarbeitern trotz Abnahme der Arbeitslosigkeit in der Metallverarbeitung und im Maschinenbau, in der Holz- und Lederindustrie wie im Vertriebsgewerbe dem Januar gegenüber geringfügig zugenommen. Doch bleibt die Februarziffer

erheblich unter der Arbeitslosenziffer im Vorjahre (5,1 v. H.) wie im Februar 1914 (3,7 v. H.).

Die Statistik der Arbeitsnachweise zeigt für den Berichtsmonat gegen den Januar bei den Männern wie bei den Frauen eine geringe Zunahme des Andrangens. Es entfallen nämlich im Berichtsmonat auf 100 offene Stellen bei den Männern 86 gegen 81 bzw. 90 Arbeit-suchende in den beiden Vormonaten, und beim weiblichen Geschlecht kamen auf 100 offene Stellen im Berichtsmonat 167 Arbeit-suchende gegen 163 im Januar dieses Jahres.

Verbandsnachrichten

Verwaltungsstelle Paderborn. Am 19. März fand eine Vorstandssitzung statt, in welcher alle Zahlstellen vertreten waren. Zuerst wurde der Jahresbericht gegeben. Aus demselben ist folgendes hervorzuheben: die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des Jahres 1914 noch 363, aufgenommen wurden 31. Einberufen wurden 192 Kollegen zum Kriegsdienst und 13 als Rekruten, insgesamt 205 Mitglieder; 30 brave Mitglieder sind seit Kriegsbeginn auf dem Schlachtfelde gefallen. Die Reineinnahme betrug 3278,37 M., der Lokalkassenbestand betrug 3012,18 M., insgesamt 6290,55 M. Die Ausgaben betrugen insgesamt 3536,25 M., es verbleibt ein Lokalkassenbestand von 2754,60 M. Der Hauptkassse wurden überwiesen 2174,86 M. Für Krankenunterstützung wurde verausgabt 196,55 M. und für Sterbeunterstützung 52 M., für Militär-unterstützung 8 M. Seit Beginn des Krieges wurden durch die Hauptkassse den Kriegsfamilien überwiesen 3500 M. Die lokalen Ausgaben betrugen 1089,99 M. Für Liebesgaben an die einberufenen Mitglieder wurden verausgabt 538,99 M. Viele Dankschreiben sind dafür bei der Verwaltung eingegangen, in denen der Freude Ausdruck gegeben wurde, andererseits die feste Treue zum Ver-bande ausgesprochen, ebenso die eifrige Mitwirkung an unseren Aufgaben nach Beendigung des Krieges. Infolge der großen Kriegsteuerung wurde dem Arbeitgeberbund in Paderborn eine Eingabe zugesandt um eine Teuerungszulage. Leider haben die Unternehmer glatt abgelehnt, in Verhandlungen einzutreten. Am 18. Dezember 1915 erstellten wir vom Ortsverband Paderborn folgende Antwort: „Auf Ihren Antrag vom 4. d. M. betreffs Teuerungszulage teilen wir ergebenst mit, daß der Ortsverband nicht berechtigt ist, in Verhandlungen hierüber einzutreten bzw. Teuerungszulage zu bewilligen. Hierzu ist nur der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe zuständig. Hochachtungsvoll Westdeutscher Arbeitgeberbund für das Baugewerbe, Ortsverband Paderborn. J. A.: Bernh. Kruse.“ — In den einzelnen Mitgliederversammlungen ist zu diesem Verhalten der Unternehmer gebührend Stellung genommen worden. Der Oberbürgermeister Pfaffmann hatte in einer Stadtverordnetenitzung darauf hingewiesen, daß die Arbeitgeber verpflichtet seien, zur Linderung der Teuerung und zum Durchhalten Kriegszulagen zu gewähren. Während in anderen Gewerben Kriegszulagen erfolgten, haben die Unternehmer des Baugewerbes glatt abgelehnt. Die passende Antwort werden sie aber zu gelegener Zeit von den Bauarbeitern erhalten. Die Geschäfte werden in der bisherigen Weise weitergeführt von den Kollegen H. Westphal als Vorsitzender, G. Niebuhr als Kassierer, A. Frehse als Schrift-führer. Als Stellvertreter fungieren Josef Schmidt und Wilhelm Willecke.

Zur Beachtung. Die Arbeitgeber haben in den Baubuden den Beschluß des Arbeitgeberbundes ausgehängt, nach welchem vom 15. März ab der Stundenlohn um 5 Pfg. erhöht werden soll und daß vom 1. April ab längere Arbeitszeit eingeführt wird. Indem schon jetzt mit allen Mitteln auf eine Verlängerung der Arbeitszeit hingearbeitet wird, müssen wir einen Vorstoß gegen die Gewerbeordnung feststellen, indem solches Vorgehen eine einseitige Arbeitsordnung darstellt. Der Verwaltungsstellenvorstand richtet an alle Kollegen die Aufforderung, eine solche einseitige Arbeitsordnung abzulehnen und nicht länger als zehn Stunden zu arbeiten. Wo gegen dieses verstoßen wird, ist sofort Meldung zu machen an den Vorstand oder an die Bezirksleitung. Die Adresse der Bezirksleitung ist vom 1. April ab folgende: Friedrich Werner, Paderborn, Smadstraße 20, I. Etage.

Solingen, den 11. März 1916. Unsere Verwaltungsstelle hielt heute eine Mitgliederversammlung ab. Der Vorsitzende, Kollege Reßler, gab einleitend die bisher gefallenen Kollegen bekannt. Soweit dem Vorstand bekannt bzw. gemeldet sind, haben 8 Kollegen den Heldentod erlitten. Das Andenken der gefallenen Kollegen wurde durch Erheben von den Sigen geehrt. Der Zahlstellenkassierer, Kollege Steppeler, gab dann den Kassenbericht vom 3. und 4. Quartal. Die Revisoren bestätigten, die Kasse in bester Ordnung befunden zu haben, worauf dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt wurde. Für die geleistete Verbandsarbeit wurde dem Kassierer, dem Vorstand und Verbandssekretären seitens der Mitglieder sowie seitens des Bezirksleiters der Dank ausgesprochen.

Mülheim-Ruhr. Am Sonntag, den 19. d. Mts., fand im Lokale Trappmann für die Zahlstellen Mülheim und Broich eine gemeinsame Versammlung statt. Einleitend erklärten sich die Kollegen beider Zahlstellen bereit, auf die Dauer des Krieges monatlich eine gemeinsame Versammlung abzuhalten. Sodann referierte der Leiter der Versammlung über unsere „Gegenwärtige Aufgaben“. Zurückblickend auf die Winterzeit, in welcher das Gewerkschaftsleben fast gänzlich ruht, wies er auf die uns in jedem Frühjahr bevorstehenden Aufgaben hin, zu denen jetzt die tariflose Zeit hinzukommt. Besonders hob er hervor, daß wir jetzt sorgen müssen, daß die noch vorhandenen nicht organisierten Bauarbeiter aller Berufs, unserem Verbands zugeführt werden. Je länger wir dieselben in Ruhe lassen, je dreistler wird deren Benehmen auf den Arbeitsplätzen und desto mehr fühlen sich die Unter-nehmer in punkto Lohn-willigung gefaßt. Aber auch den Grundbesitzern und Bauherren gegenüber sei eine stärkere Sprache zu führen. Durch ihr, teils recht unangemes, Ver-

